

**Statement anlässlich der Verabschiedung des Handlungskonzepts Stahl im
Bundeskabinett am 15.07.2020**

Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl

- › Die Stahlindustrie in Deutschland begrüßt das Handlungskonzept Stahl, das heute durch die Bundesregierung verabschiedet wurde. Es ist ein wichtiger Schritt, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu sichern und den Weg in eine CO₂-arme Stahlproduktion zu ebnet.
- › Bedanken möchte ich mich besonders beim Bundeswirtschaftsministerium und Bundeswirtschaftsminister Altmaier für die Initiative ein Konzept zur Stärkung des Stahlstandorts Deutschland zu entwickeln. Gemeinsam mit der IG Metall haben wir im konstruktiven Dialog die Basis für das heute verabschiedete Konzept gelegt. Damit liegt ein kohärentes, industriepolitisches Gesamtkonzept für die Branche vor, das die verschiedenen politischen Herausforderungen in den kommenden Jahren adressiert.
- › Die Stahlunternehmen in Deutschland haben immer wieder betont, dass sie zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens stehen, jedoch der Übergang zu einer CO₂-armen Stahlherstellung einen geeigneten politischen Rahmen braucht. Wie ein solcher Rahmen aussehen kann, ist im Handlungskonzept beschrieben worden. Jetzt kommt es darauf an, diesen Rahmen weiter auszufüllen und rasch erste Schritte zur Umsetzung auf den Weg zu bringen.
- › Im Vordergrund steht zunächst, die aktuelle Krise zu bewältigen. Infolge der Corona-Pandemie ist die Nachfrage im Stahlsektor eingebrochen. Das Konjunkturprogramm kann die Rezession abmildern, jedoch nicht vollständig ausgleichen. Denn zugleich besteht für den Stahl die Gefahr einer erneuten Importkrise, die insbesondere in der jetzigen Situation den industriellen Wertschöpfungsketten massiv schaden würde. Die jüngsten Anpassungen der EU-Schutzmaßnahmen im Außenhandel waren nicht ausreichend, um die Stahlindustrie vor gravierenden Schäden zu bewahren. Die Europäische Kommission muss nun zeitnah handeln, sollte ein sich weiter verschärfender Importdruck die konjunkturelle Erholung gefährden.
- › Zudem dürfen steigende Energie- und Klimakosten nicht zur Abwanderung von industrieller Wertschöpfung in Regionen führen, in denen der CO₂-Fußabdruck deutlich größer ist. In der vierten Handelsperiode des EU-Emissionsrechtehandels von 2021 bis 2030 drohen erhebliche Mehrkosten von fast 4 Milliarden Euro. Eine solche Belastung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit muss dringend verhindert werden, am besten durch eine ausreichende Ausstattung mit kostenlosen Zertifikaten wie auch einer vollständigen Strompreiskompensation. Sollten diese Maßnahmen nicht ausreichen, um die Stahlindustrie vor Carbon Leakage zu schützen, könnte für die verbleibenden Lücken zusätzlich ein Grenzausgleich in Erwägung gezogen werden.

- › Beide Aspekte, Fairness im Außenhandel und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, sind Voraussetzungen für eine Transformation hin zu grünem Stahl. Das Handlungskonzept Stahl nennt hier die Themen. Drei sind von besonderer Bedeutung:
 - › Die Schaffung von grünen Leitmärkten und Förderung von kreislauforientierten Produkten: Es ist richtig, dass die Bundesregierung in Erwägung zieht, gezielte Anreize auf Seiten der Nachfrager zu setzen. Aus Sicht der Stahlindustrie sollte Stahlverwender belohnt werden, wenn sie grünen Stahl einsetzen, z.B. durch die Anrechnung der eingesparten Emissionen.
 - › Eine Anschubfinanzierung für Klimaschutz-Investitionen: Der Investitionsaufwand für die neuen Technologien in Höhe von ca. 30 Milliarden Euro können die Stahlunternehmen nicht allein schultern. Zudem müssen die höheren Betriebskosten der neuen klimaschonenden Verfahren durch Contracts for Difference abgesichert werden können.
 - › Die Schaffung der energiewirtschaftlichen Voraussetzungen: Für die Dekarbonisierung der Stahlindustrie ist der Einsatz von Wasserstoff ohne Alternative und bietet dort einen großen Hebel für CO₂-Einsparungen. Mit der Verabschiedung der Nationalen - sowie der Europäischen Wasserstoffstrategie sind bereits wichtige Initiativen auf den Weg gebracht worden. Die Dekarbonisierung der Stahlproduktion ist auf bezahlbaren Wasserstoff in ausreichenden Mengen angewiesen.
- › Neben der Dekarbonisierung der Primärstahlproduktion sollte nicht vergessen werden, dass in Deutschland rund 30 Prozent der Stahlerzeugung über die schrottbasierte Elektrostahlroute erfolgt. Sie ist ebenso ein Baustein auf dem Weg in die klimaneutrale Wirtschaft. Zentrale Voraussetzung, um diese Verfahrensrouten zu halten, sind jedoch auch hier international wettbewerbsfähige Strompreise. Zugleich ist die Elektrostahlroute auch Beispiel für die gut funktionierende Kreislaufwirtschaft beim Stahl.
- › Mit dem heute verabschiedeten Handlungskonzept hat die Bundesregierung aus Sicht der Stahlindustrie die richtigen Themen adressiert. Es braucht nun rasch eine Konkretisierung einzelner Maßnahmen. Hierzu will die Stahlindustrie den Dialog mit der Bundesregierung weiter vertiefen. Es ist entscheidend, dass erste Maßnahmen zur Schaffung von fairen Wettbewerbsbedingungen wie auch zur Vermeidung von Carbon Leakage auf den Weg gebracht werden. Sie sind zentrale Voraussetzung, um den Weg in eine CO₂-arme Stahlproduktion gestalten zu können.
- › Wichtig ist dabei auch eine enge Verzahnung mit der europäischen Politik. Besonders vor dem Hintergrund des Green Deal braucht es auch auf EU-Ebene ein industriepolitisches Gesamtkonzept. Ohne CO₂-arm produzierten Stahl wird eine Dekarbonisierung der industriellen Wertschöpfungsketten nicht gelingen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft bietet eine gute Möglichkeit die Weichen im Sinne des Handlungskonzepts Stahl auch auf EU-Ebene richtig zu stellen.